

09.06.2016

Bauern fordern Nothilfe vom Land

Nach Unwetter drohen Ernteauffälle. Vier Millionen Euro Schaden im Kreis Wesel

Von Jan Jessen

An Rhein und Ruhr. Nach den sintflutartigen Regenfällen in der vergangenen Woche befürchten die Landwirte am Niederrhein massive Ernteauffälle. Sie fordern deswegen vom Land die Einrichtung eines Nothilfefonds nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz. Die CDU kritisiert die Auftritte von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und Landesumweltminister Johannes Remmel (Grüne) in den betroffenen Gebieten.

Die Unwetterschäden in den besonders betroffenen Gemeinden Alpen, Hamminkeln und Sonsbeck im Kreis Wesel beziffert der Rheinische Landwirtschaftsverband (RLV) auf mindestens vier Millionen Euro, die Summe dürfe nach RLV-Einschätzung aber noch steigen. Allein in dieser Region sollen erhebliche Schäden auf mehr als 4000 Hektar entstanden sein.



Christina Schulze Föcking. F.: M. JOOSTEN

„Die Schäden sind zu hoch. Daher brauchen wir einen Nothilfefonds, wie er im Jahr 2013 auch in Rheinland-Pfalz gestattet wurde“, sagte gestern Wilhelm Neu, der Vizepräsident des RLV. Viele Landwirte sind nicht ausreichend versichert, da die Versicherungssummen vielfach relativ hoch sind.

Beim Land gibt man sich bedeckt. „Es wird zurzeit ermittelt, wie hoch die Schäden sind. Erst dann kann man zu einer Bewertung kommen, wie geholfen werden kann“, so ein Sprecher des

Landesinnenministeriums. Auch im NRW-Landwirtschaftsministerium heißt es, es werde geprüft, welche Hilfsmöglichkeiten es gebe.

Christina Schulze Föcking, agrarpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, hält die Forderung des Landwirtschaftsverbandes für „nachvollziehbar“. Die Naturkatastrophe habe die Landwirte in einer ohnehin schon angespannten wirtschaftlichen Lage getroffen. Dass jetzt teilweise ganze Jahresernten bedroht seien, mache die Situation „doppelt dramatisch“ für die Landwirte, sagte Schulze Föcking der NRZ.

Jetzt sei die Landesregierung gefordert, den Landwirten Perspektiven zu geben. Zugleich kritisierte Schulze Föcking das Auftreten von Ministerpräsidentin Kraft und Landesumweltminister Remmel in Sonsbeck beziehungsweise Hamminkeln. „Wenn man schon vor Ort ist, wollen die Menschen erfahren,

welche konkreten Hilfen sie erwarten können. Man muss dann ein klares Signal senden“, so die Vizefraktionsvorsitzende der CDU.

Kraft und Remmel hatten die von den massiven Regenfällen betroffenen Gebiete am Dienstag besucht. Kraft hatte dabei staatliche Hilfe für private Schäden ausgeschlossen, aber eine mögliche Unterstützung für Landwirte signalisiert.

NRZ/Bericht NRW

FORDERUNG NACH EINER VERSICHERUNGSPFLICHT

■ Der **Bund der Versicherten** fordert angesichts der Zunahme der Starkregen-Ereignisse eine Versicherungspflicht gegen Elementarschäden für Hauseigentümer. Damit könnten auch die Prämien für die Versicherungsnehmer bezahlbar bleiben.